

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Jahr der Prüfung. Artikel aus der «Volksstimme», St. Gallen, im Jahre 1940. Nebst einer Zeittafel zur Erinnerung und einer Auswahl von Sprüchen. 12 Seiten. Kart. Fr. 2.—. Verlag «Volksstimme», St. Gallen.

Zeitungsartikel sind im allgemeinen für den Tag geschrieben, und es ist sicher ein Wagnis, Aufsätze aus der Tagespresse nach Jahren zusammenzufassen und in Buchform unverändert zu publizieren. Denn die Ereignisse selbst, auf welche die journalistische Stellungnahme sich bezieht, sind ja rasch verflogen und von neuen Aufgaben des Tages überholt. Nur ganz ausnahmsweise wird auch später noch der Leser Wesentliches, über den Tag hinaus Gültiges in alten Zeitungsartikeln finden. Hier liegt eine solche Ausnahme vor, und die «Volksstimme» durfte das Wagnis einer einfachen Reproduktion von Aufsätzen unternehmen, die sie im Jahre 1940 veröffentlicht hat. Denn hier geht es nicht um flüchtige Tagesarbeit: Es ist das Jahr der Krise der europäischen — und der schweizerischen — Demokratie, an das wir erinnert werden. Der Kampf gegen diese Krise, gegen jeden innern Defaitismus, gegen unschweizerische Verbeugung vor bloßer Macht und Brutalität, das tritt uns in diesen Artikeln in voller Lebendigkeit und hoher Aktualität wieder entgegen. «In unsern Reihen darf es keinen Defaitismus geben», erklärte der Parteiauschuß der SPS am 16. Juni 1940, und die St. Galler «Volksstimme» kann Rechenschaft darüber ablegen, daß sozialistische Vertrauensleute der Presse diese Parole mutig vertreten und in einer Zeit des Druckes von außen und von innen sich bewährt haben. Denn das ganze Büchlein ist, bei aller Bescheidenheit der Sprache und der Aufmachung, ein Dokument der sauberen, sozialistischen und demokratischen Haltung. Die Schrift sollte zum Vademecum jedes schweizerischen Journalisten werden, als Beispiel und Stärkung für weitere «Jahre der Prüfung».

Pollux: Trusts in der Schweiz? Die schweizerische Politik im Schlepptau der Hochfinanz. 150 Seiten und 8 graphische Tafeln. Kart. Fr. 4.80. Verlag Verein für wirtschaftliche Studien, Zürich, Postfach Fraumünster 111.

Auch hier handelt es sich um eine Publikation, deren Inhalt großenteils schon durch die Tagespresse bekannt geworden ist. Aber diese Artikel, 1944 im «Volksrecht» erschienen, stehen noch in frischer Erinnerung. Sie haben berechtigtes Aufsehen und schärfste Reaktion im bürgerlichen Lager verursacht, so daß ein lebhaftes Interesse der Öffentlichkeit an diesem Buche nicht zweifelhaft sein dürfte. Außerdem sind die Pollux-Artikel bearbeitet und erweitert worden, graphische Tabellen erläutern und illustrieren den Inhalt, und ein ausführliches Schlagwortregister gestaltet das Werk zu einem wahren Kompendium der Beziehungen zwischen Hochfinanz, Industrietrusts und Landespolitik. Es ist die Politik der «200 Familien», die hier durchleuchtet und dokumentarisch belegt wird. Ein Kapitel also, das jeden Politiker und Volkswirtschaftler, jeden Vertrauensmann der Arbeiterbewegung vor allem sehr nahe angeht. Wer immer Material sucht zum Kampf um die Neue Schweiz wird zu diesem Buch greifen. Er findet darin scharfe und handfeste Waffen, ein ganzes Arsenal. Er findet Beispiele der «Uneigennützigkeit» des Großkapitals in der Elektrizitätswirtschaft und anderswo, Dokumente des Kapitalexports «im Interesse des Landes», Fäden und ganze — goldene — Netze der Verbindung und Verstrickung zwischen Familienadel und Geldadel, zwischen Finanz und Diplomatie, zwischen Bank und Bundeshaus. Wie das Finanzkapital selbst reagiert hat und durch das Sprachrohr der «NZZ» diese Dokumente und Darstellungen «widerlegt»,

wird am Schluß des Bandes mit einem fast erheiternden Beispiel angeführt. Aber die *Antwort* von Pollux ist ernst, und ernst ist der ganze Fragenkomplex, der hier zur öffentlichen Diskussion gestellt wird. Ernst genug, daß jeder Vertrauensmann der Arbeiterschaft sich sehr eingehend damit befasse. st.

John Milton, Rede für die Pressefreiheit und gegen die Zensur. Deutsche Übertragung von Hans Fleig. 95 Seiten. Geb. Fr. 3.80. Verlag Ernst Ganzmann, Basel.

«Einem schon lange geäußerten Wunsche der Presse entsprechend» hat im Frühling 1943 die Abteilung Presse und Funkspruch allen Redaktionen ihr berühmtes «Kompendium des Presse-notrechts» auf den Tisch gelegt. Wie schön und sinnvoll wäre es, wenn sie heute als Ergänzung und Gegenstück diese unsterbliche Rede John Miltons den Journalisten zueignen wollte! Sie wird es kaum tun, und so seien denn die Männer der Presse aufgemuntert, aus eigener Initiative dieses Kompendium der *Preßfreiheit* sich beizulegen, es zu studieren und zu beherzigen. Vor genau 300 Jahren, 1644, wurde diese Rede vor dem englischen Parlament gehalten. Wie lebendig, wie aktuell und *notwendig* ist sie heute wieder — im Lande Tells! Nur die Äußerlichkeiten, die Veranlassung und die unmittelbaren Gegenspieler haben sich gewandelt. John Milton handelt von der Zensur der Geistlichkeit, er kämpft für die Freigabe der Bücher, vor allem der wissenschaftlichen Werke, um das Recht der Gelehrten und Gebildeten von damals, diese Werke zu schreiben, zu publizieren und zu lesen. *Heute* geht es um die staatliche Zensur und um die *Preßfreiheit* des ganzen Volkes. Darum haben die *grundsätzlichen* Ausführungen Miltons ihren Wert und ihre Frische nicht nur bewahrt, sie sind noch allgemeingültiger und gewichtiger geworden. Und was für einen Glanz hat diese monumentale Rede bis zum heutigen Tage behalten! Wie wird da das Wesen oder besser das Unwesen der Zensur untersucht, analysiert, widerlegt und ad absurdum geführt! Mit tiefer geschichtlicher und philosophischer Betrachtung wird dargetan, «daß kein Volk und kein gut regiertes Staatswesen — vorausgesetzt,

daß Bücher bei ihnen überhaupt etwas galten — je zum Mittel der Zensur gegriffen hat.» Schlagend wird auch die historisch erwiesene Hilflosigkeit einer offiziellen Zwangsmaßnahme dargetan, um «Meinungen nur deshalb zu unterdrücken, weil sie neu sind, oder mit den bisher üblichen Ansichten unvereinbar sind». Die besondere Aufgabe der Gegenwart wäre es vielmehr — sagt Milton — die Presse zu *schützen*, damit sie ihre *Pflicht* erfüllen kann: «... das zu schreiben und auszusprechen, was zur weiteren Abklärung der Fragen, die uns bewegen, irgendwie förderlich ist.» Tief und geistvoll geht Milton dem Problem zu Leibe, und er wäre kein Engländer, wenn ihm nicht auch wieder das lachende Gleichnis, der beißende Witz zur Verfügung stünde. Wer dieses Werk liest, der begreift besser, daß auch heute wieder, in schwerster Kriegs- und Notzeit, das englische Volk die *Preßfreiheit* leidenschaftlich hochhält. Und er begreift, daß auch uns Schweizern diese 300 Jahre alte englische Rede noch sehr viel zu sagen hat. st.

R. R y b a, *Zur Judenfrage nach dem Krieg.* — Zionismus oder Judentum in der Völkergemeinschaft? 40 Seiten, brosch. Fr. 1.—. Auslieferung: Druckereigenossenschaft Aarau.

Mancher Leser wird sich vielleicht fragen, ob die Publikation dieser Schrift in deutscher Sprache und in der Schweiz einem Bedürfnis entspreche. Es handelt sich, wie schon der Titel anzeigt, im wesentlichen um eine Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Um Fragen also, die bei uns, außerhalb der jüdischen Bevölkerung, kaum großes Interesse finden werden. Der Verfasser dürfte beim Großteil der schweizerischen Leser offene Türen einrennen, wenn er den extremen Zionismus bekämpft und etwa eine These ablehnt, wie sie im «Israelitischen Wochenblatt» vom 7. 3. 44 zu finden ist: «Entweder ein Judenstaat in Palästina, oder Untergang des jüdischen Volkes!» Für die Schweiz und zumal für schweizerische Sozialisten sind die Juden nicht «Fremdlinge», sondern gleichberechtigte Staatsbürger. Daher erkennen und anerkennen wir auch nicht ein «jüdisches Volk» als «Minderheit» innerhalb des Schweizervol-

kes. Auch der Begriff der «Nation», den der Verfasser im Anschluß an Otto Bauer und andere, vor allem osteuropäische Autoren prägt, entspricht nicht unserer Auffassung. Er entstammt jenen Ländern, in denen sprachlich-kulturelle Volksteile staatliche «Minderheiten» bildeten, während für uns das schweizerische Volk als Gesamtheit die Nation bildet, ohne Aufteilung in alemannische, französische, italienische, romanische oder andere «Nationalitäten». Diese *endgültige* Lösung der «Nationalitätenfrage» auf föderalistischer Grundlage hat sich bewährt und dürfte auch für das neue Europa ihre Bedeutung haben. — Damit sei keineswegs verkannt, daß Rybas Schrift wesentliche und einleuchtende Gedanken zur Lösung der *weltpolitischen* Judenfrage enthält. Diese Gedanken sollten vor allem in den angelsächsischen Ländern diskutiert werden, wo der Zionismus seine Kampftruppen und seine staatlichen Stützpunkte hat, sowie in jenen osteuropäischen Ländern, welche große und kompakte, nicht assimilierte jüdische Bevölkerungsschichten aufweisen. Für uns bietet die Schrift einen interessanten Einblick in einen Fragenkomplex, der zweifellos an den kommenden Friedenskonferenzen zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird.

Gedichte aus den besetzten Niederlanden (Stimmen bedrängter Völker).
Übersetzt von ***. 76 Seiten. Leinen
Fr. 7.50, kart. Fr. 5.50. Verlag
Oprecht, Zürich.

Das Buch bringt, in holländischer und deutscher Sprache synoptisch nebeneinandergestellt, eine kleine Auswahl aus einem reichen Schatz von Gedichten, die außerhalb und innerhalb von Gefängnissen und Konzentrationslagern geschrieben und durch eine umfangreiche illegale Presse im besetzten Holland verbreitet wurden. Oft steht kein Name darunter — da wo der Autor noch lebt und nicht noch mehr gefährdet werden darf. Mehrmals steht neben dem Namen des Dichters der Vermerk: Geschrieben im Konzentrationslager, wo er den Tod fand. Die blutige Wirklichkeit webt durch die Zeilen dieser Lyrik. — Geschrieben wurden die Gedichte nicht alle von wirklichen «Dichtern»; viele sind von Menschen, denen erst ein

übergroßes Schicksal die Zunge löste. Aus tiefster Not und Bedrängnis geschrieben, von Menschen, die für ihre Freiheit alles opferten, sind sie ein «document humain» ohnegleichen — ein Dokument, aus dem deutlicher als aus manchen politischen Reden und Schriften der *Geist* spricht, der die Niederländer alle die entsetzlichen Prüfungen der letzten Jahre bestehen läßt. «Zu drücken sind sie, nicht zu unterdrücken», heißt es von diesem Volk in Goethes «Egmont» — und das hat sich auch heute noch als wahr erwiesen. — Über die politische Tagesbedeutung hinaus aber sind diese Gedichte kostbar durch die Wärme und Zartheit ihrer Gesinnung, durch ihr gesteigertes Lebensgefühl, das alles Todesgrauen durchbricht. Man soll dieses Bändchen besitzen und viel lesen, es bringt uns den größten Trost in dieser dunklen Zeit: das Bewußtsein von dem nicht zu tötenden Reichtum der menschlichen Seele. — Um von der sprachlichen Kraft dieser Märtyrer-Lieder, die auch in der Übersetzung noch zum Ausdruck kommt, einen Begriff zu geben, drucken wir zwei der neunzehn Gedichte hier ab.

ah.

Wofür wir kämpfen

Wir kämpfen für das heil'ge Leben,
Um Licht und Luft und Baumgerausch,
Um alles, was uns Gott gegeben,
Für uns're Kinder, unser Haus.

Wir kämpfen um das arglos Blühen
Der Rosen in dem Morgenschein,
Um Tränen, die uns heimlich fließen,
Für uns're Freude, uns're Pein.

Wir kämpfen für die gute Erde,
Die uns Gestalt und Wesen gab,
Die uns'res Staubes Siegel wahrte;
Wir kämpfen für ein ehrlich Grab.

Wir kämpfen für geliebte Augen,
Die Gottesgabe: Brot und Wein;
Um zartes, wärmendes Erbarmen,
Und für das Recht, nur arm zu sein.

Wir kämpfen um den Sinn der Worte,
Um frei zu sein in Glück und Not;
Den edelsten Besitz der Menschen,
Für Jud und Christ ein täglich Brot.

Wir kämpfen um ein tiefstes Sehnen,
Um uns're reichste Einsamkeit,
Um Segen, den wir jung empfangen,
Zum Traumbild späterhin geweiht.

Wir kämpfen ums Jahrhundertalte,
Das immer jung wird jungem Blut;
Für das Durchlebte und Erschaute,
Das, was uns allen wert und gut.

Für unsern Strand und uns're Felder,
Die uns Geduld erwarb, bebaut;
Für alles in den Niederlanden,
Was Geist und Herz verbunden schaut.

So führen wir, die Vielen, schweigend,
Den langen und ungleichen Streit;
Wir wollen Schmach und Hunger teilen,
Und auch zum Tod sind wir bereit.

Hinrichtung

Seine Angst ward Mut —
Er sah die Welten
Wie ein Geröll zu seinen Füßen
Er hörte
Das Spannen des Hahnes
Und ging . . .

ARBEITER- BEWEGUNG

Aus der Internationale

Die Internationale lebt. Auch in der Kriegszeit wurde der Kontakt unter den Arbeiterparteien nie ganz aufgegeben, und seit Mitte 1943 sind die Beziehungen, im Rahmen des heute Möglichen, immer enger geworden. Mit Freude und Genugtuung darf die SPS feststellen, daß die Grundgedanken der Neuen Schweiz, die Gedanken eines *föderativen Sozialismus* auch von der Arbeiterbewegung anderer Länder erwogen und diskutiert werden. Berichte aus Italien wie aus Holland und Norwegen bestätigen, daß die Arbeiterparteien im Aufbau eines demokratischen Sozialismus ihre wesentliche Zukunftsaufgabe erblicken. — Zu grundlegenden und eingehenden internationalen Besprechungen boten die *Kongresse* der französischen und der englischen Sozialdemokratie im November und Dezember 1944 Gelegenheit. Beide Tagungen waren von zahlreichen ausländischen Delegationen, auch von Vertretern der SPS, besucht. Ein Überblick über die Verhandlungen folgt in der nächsten Nummer der «Roten Revue».

*

Berner Wahlen

Erste Voraussetzung des Aufbaus einer Neuen Schweiz ist die *Sammlung*

der arbeitenden Massen. Glaubt man der «Partei der Arbeit», so kann dieses erste Ziel von der Sozialdemokratie nicht erreicht werden. Eine «neue», «wahre» Arbeiterpartei, die vor allem bei jeder Gelegenheit gegen SPS und Gewerkschaften auftritt — siehe Versicherungskassen-Referendum in Zürich! — wird das besser machen. Wie unsinnig und — eben spalterisch diese Theorie der PdA, die Behauptung vom «organisatorischen und politischen Rückgang der Sozialdemokratie» ist, hat sich im Lauf der letzten Jahre schon oft erwiesen. Es zeigt sich aufs neue beim Abschluß der *Gemeindewahlen* im Kanton Bern. Wochenlang haben diese Wahlkämpfe, die an drei Dezembersonntagen stattfanden, die Vertrauensleute von der kantonalen Leitung bis in die Sektionen hinaus beansprucht und ein großes Maß von Arbeit und Kampfbereitschaft von ihnen verlangt. Der Erfolg rechtfertigt und lohnt die Anstrengung. In allen Kantonsteilen, in städtischen wie in ländlichen Gemeinden, ist der Ruck nach links, der *Zusammenschluß des arbeitenden Volkes* eingetreten. Langenthal, das größte Dorf des Oberaargaus, hat in der Exekutive wie im Gemeindeparlament die rote Mehrheit erobert. Ebenso haben die Genossen von Unterseen, Safnern, Attiswil und Tramelan-dessus die bisherige bürgerliche Mehrheit aus dem Sattel gehoben. Zunahme der Wähler und Mandatgewinn ist in einer ganzen Anzahl weiterer Gemeinden zu verzeichnen, an mehreren Orten in einem Ausmaß, das die Mehrheit für den nächsten Anlauf verspricht (Spiez, Worb, Brugg u. a.). — Eine Ausnahme macht *Biel*. Hier hat die PdA, unter Führung von Paul Fell und unter dem Einfluß der stark von Nicole inspirierten welschen Bevölkerung, zwar längst nicht erreicht, was sie erhoffte und prophezeite — Fell wurde nicht einmal in die Exekutive gewählt —, aber doch der SP zwei und dem Bürgertum sieben Mandate abgenommen. Die SP-Fraktion zählt damit im Großen Stadtrat noch 26 von 60 Sitzen, während sie die Mehrheit im Gemeinderat (Exekutive) behielt. Die PdA ist in der Lage, das Zünglein an der Waage zu spielen — wie sie das tut, bleibt abzuwarten. Eine *Schwächung* des roten Biel ist eingetreten, nicht nur dadurch,

daß die Arbeitermehrheit jetzt unsicher und von Fall zu Fall fragwürdig ist, sondern auch durch die klassische Begleiterscheinung der Spaltertätigkeit, die Indifferenz bei den Arbeiterwählern. Ganze 64 Prozent sind in diesem Großkampf der Gemeinde zur Urne gegangen — von der vielgerühmten «Mobilisation der Wählermassen» durch die PdA ist somit keine Rede.

Die bernische Sozialdemokratie und ihre aktiven Vertrauensleute, ganz besonders auch die Genossen, die den schweren, aber schönen und verheißungsvollen Kampf um die «Eroberung des Landes» führen, verdienen Dank und Glückwunsch der Gesamtpartei. Sie haben mit dem politischen auch den organisatorischen Vormarsch ausdrücklich dokumentiert: Seit dem Herbst 1943 sind im Kanton Bern 17 neue Parteisektionen und gegen 3000 Neueintritte zu registrieren. Die erste Voraussetzung zur Neuen Schweiz kann also heute geschaffen werden, nicht mit Scheinradikalismus und Spalterei, aber mit solider, ausdauernder Arbeit.

KRIEGSTAGEBUCH

16. November bis 15. Dezember

Der alliierten Offensive an der Westfront ist es im Laufe des Berichtsmontates gelungen, die Deutschen aus ihren letzten französischen Stützpunkten über die Reichsgrenzen zurückzuwerfen. In Holland, wo weite Gebiete von den deutschen Nachhutten unter Wasser gesetzt worden sind, steht eine britische Armee seit Wochen unter schwierigsten Verhältnissen in harten Kämpfen, ohne wesentliche Fortschritte machen zu können, während in ihrem Rücken die Kanadier noch immer mit der Belagerung der von den Deutschen zäh verteidigten Küstenzone von Dünkirchen beschäftigt sind. Eine neu formierte amerikanische Armee ist mit Angriffsrichtung gegen das Ruhrgebiet eingesetzt worden und beteiligt sich an der Seite der in der Aachener Gegend stehenden USA-Truppen an der schweren Materialschlacht, die um die linksrheinischen Gebiete zwischen Düren und Venlo entbrannt ist, und in der die Deutschen, in der Erkenntnis höchster Gefahr für ihre kriegswichtigen Industriedistrikte, die stärk-

sten Abwehrkräfte eingesetzt haben. Daß diese Abwehrkräfte auf die Dauer nicht mehr zur Verteidigung des ganzen Reichsgebietes ausreichen, ist im Verlaufe der letzten Wochen unerbittlich erwiesen worden. Dem überraschenden Angriff des französischen Generals Delattre de Tassigny mußten die Deutschen innert weniger Tage das Elsaß preisgeben. In der Zeit vom 20. bis 30. November wurde von regulären und irregulären französischen Truppen das ganze Gebiet längs der Schweizer Grenze zwischen Doubs und Rhein befreit. Gleichzeitig rückten amerikanische Offensivtruppen von der Mosel bis zur Saar und zur Roer vor. Seit dem 13. Dezember liegt Karlsruhe im Bereich der alliierten Geschütze, und die Pfalz, das klassische Einfallstor nach Deutschland, ist aufs höchste bedroht, seit am 11. Dezember Hagenau und Saargemünd von den Amerikanern erobert wurden. Von ausschlaggebender Bedeutung sind die pausenlosen Luftangriffe Tausender alliierter Flugzeuge, die sich in jüngster Zeit immer mehr auf die Zerstörung wichtiger Verkehrszentren richten und dadurch den deutschen Nachschub zu desorganisieren suchen. Das Millionenheer der deutschen Ausgebombten trägt dazu bei, das Verkehrsnetz in einer Weise zu belasten, die schließlich zum Chaos führen muß. Noch immer feuern jedoch die deutschen «Vergeltungswaffen» ihre Raketengeschosse gegen England und beweisen, daß die zu unumschränkter Macht aufgerückten Parteigrößen gewillt sind, ihre Gewaltherrschaft bis zum äußersten zu verteidigen.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz konnten die Alliierten trotz einiger Teilerfolge bei Faenza (26. November) keine Fortschritte machen, sie mußten südlich Bologna sogar einige wichtige Höhenstellungen wieder preisgeben.

Zu entscheidenden Ereignissen haben inzwischen jedoch die Kämpfe der Russen in Ungarn geführt. Nach anfänglich langsamen Vorstößen durch schwierigstes Gelände sind am 9. und 10. Dezember die Armeen Tolbuchins von Süden und diejenigen Malinowskis von Osten her zum Endangriff auf Budapest geschritten. Dabei gelang ihnen ein plötzlicher Durchbruch durch die deutsch-ungarischen Verteidigungsli-

nien, die sich vor dem Ansturm der motorisierten russischen Divisionen unter schweren Zersetzungserscheinungen nach Westen zurückziehen müssen. Damit ist nicht nur das Schicksal der ungarischen Hauptstadt besiegelt, für deren Besetzung nur noch ein immer schmaler werdender Korridor zur Flucht offen steht; von größter Bedeutung für die Deutschen ist die nun unmittelbar bevorstehende Bedrohung Wiens und des Protektorats. Die sich durch Jugoslawien zurückkämpfende deutsche Balkanarmee hat kaum mehr eine Möglichkeit, sich den Russen entgegenzustellen, da sie ihre letzten Kräfte aufwenden muß, um der ständigen Angriffe von Titos Partisanen Herr zu werden.

An den übrigen russischen Fronten herrscht noch immer verhältnismäßige Ruhe. Durch die Besetzung der Insel Ösel ist ein neuer Schritt zur Beherrschung der Ostsee gelungen.

Weniger erfolgreich als auf den Kriegsschauplätzen waren die Alliierten auf politischem Boden in den von ihnen befreiten Gebieten. In Italien verursachte der Rücktritt der Regierung Bonomi größte Schwierigkeiten. In Griechenland protestieren die noch immer bewaffneten Kämpfer der ELAS einerseits gegen undemokratische Tendenzen der Regierung, andererseits gegen die britischen Militärgewalten, die diese Regierung zu unterstützen geneigt scheinen. Scharfe Kritik an den vorläufig für uns schwer zu beurteilenden politischen Ereignissen ist in den englischen Parlamenten laut geworden.

Über dem Bericht von den uns naheliegenden europäischen Kriegsschauplätzen dürfen wir nicht versäumen, uns Rechenschaft darüber zu geben, daß im Fernen Osten Kämpfe im Gange sind, die für einen Endsieg der Alliierten vielleicht ebenso wichtig sind wie die Ereignisse auf unserem Kontinent. Die Japaner konnten zwar in letzter Zeit nicht unbeträchtliche Fortschritte auf chinesischem Boden erkämpfen, müssen jedoch den amerikanischen Landungstruppen einen Inselstützpunkt nach dem andern unter hohen Verlusten räumen. Das Gebiet der Philippinen wird heute zu einem wesentlichen Teil von der amerikanischen Flotte bereits beherrscht oder angegriffen, während die Riesenbom-

ber der USA immer häufiger Tokio und die Städte der japanischen Rüstungsindustrie heimsuchen.

SCHWEIZERCHRONIK

16. Nov.: Landung und Absturz von zwei amerikanischen Bombern. — Bei Kampfhandlungen zwischen Franzosen und Deutschen in der Nähe der schweizerischen Jurgrenze erhält ein rekognoszierender Schweizer Hauptmann einen tödlichen Lungenschuß.
17. Nov.: Die diesjährige Sammlung für die schweizerische Flüchtlingshilfe ergibt den erfreulichen Betrag von 2 Millionen Franken. — Der frühere faschistische Konsularagent von Chiasso wird von den schweizerischen Behörden ausgewiesen.
19. Nov.: Andauernde Verletzungen des schweizerischen Luftraumes durch fremde Flieger. — Bei den Wahlen in den Einwohnerrat von Neuhausen erreichen die Sozialdemokraten die Mehrheit (11 Sozialisten gegen 8 Bürgerliche). Erfolg der Sozialdemokraten auch im Kanton Zug, wo ein Sozialist ins Kantonsgericht gewählt wird.
21. Nov.: In Basel suchen 3000 Elsässer vorübergehend Unterkunft, da ihr Land durch überraschende Vorstöße der Franzosen zum Kriegsschauplatz wird. Auch zahlreiche deutsche Soldaten werden von ihren Truppen abgeschnitten und suchen Zuflucht in der Schweiz. — In Freiburg treten die Plattenleger wegen Lohnfragen und Nichtannahme des Gesamtarbeitsvertrages seitens der Arbeitgeber in den Streik.
22. Nov.: Bei Basel kommt es zu zahlreichen Granateinschlägen auf Schweizer Gebiet. — Die Generaldirektion der PTT wird endlich ermächtigt, die ausländischen Nachrichten im Telephonrundspruch unzensuriert durchzugeben. — Bei der Grenze in Schaffhausen werden fünf Deserteure der Waffen-SS aufgegriffen und vorläufig interniert. — Seit Kriegsbeginn sind durch die Vermittlung des Kinderhilfswerks des Roten Kreuzes 41 000 französische Kinder vorübergehend in der Schweiz untergebracht worden.

23. Nov.: In Bulle mißhandelt die Bevölkerung eidgenössische Inspektoren, welche beauftragt waren, über umfangreiche Schwarzschlächtereien Erhebungen anzustellen. — Im Bernbiet und in der Westschweiz Überschwemmungen durch anhaltende Regenfälle.
24. Nov.: Die Plattenleger in Freiburg beendigen ihren Streik, nachdem ihnen eine Lohnerhöhung und die Unterzeichnung eines Kollektivvertrags zugebilligt wurde. — Auch der Bielersee tritt über seine Ufer und setzt Rebgelände unter Wasser. Das Mattenquartier in Bern ist überschwemmt. — Übertritt einer halben Kompagnie deutscher Soldaten mit 20 Offizieren auf Schweizer Gebiet, wo sie entwaffnet und interniert werden. — Die Gesamtzahl der in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge beträgt rund 100 000.
26. Nov.: Bei den Wahlen in den Großen Stadtrat von Schaffhausen erringen die Sozialisten die Mehrheit. Gewählt werden sämtliche Kandidaten der sozialistischen Liste; die Zahl der Sitze im Großen Stadtrat erhöht sich von 20 auf 29. — Der Bundesrat sucht das Agrément für einen schweizerischen Gesandten in Frankreich nach. — Zahlreiche Grenzverletzungen durch alliierte Flugzeuge.
28. Nov.: Das st. gallische Kantonsgericht spricht den Kantonsrat Pfister vom Landesring der Verleumdung an Nationalrat Ilg schuldig und auferlegt ihm verschiedene Geldbußen sowie die Veröffentlichung des Urteils.
29. Nov.: Verhaftung eines Metzgermeisters im Waadtland, der 13 Tonnen «schwarzes» Schweinefleisch absetzte.
30. Nov.: Die Teuerung beträgt 49,4 %.
1. Dez.: In der Basler Mustermesse werden weitere 2000 Flüchtlinge aus dem inzwischen von den Franzosen besetzten Hüningen untergebracht.
2. Dez.: Verschiedene Grenzverletzungen durch fremde Flieger. Abwurf von Bomben über Pruntrut.
3. Dez.: Sozialdemokratische Wahlerfolge in mehreren Berner Gemeinden. — Radio Moskau beschuldigt die Schweiz der Hilfeleistung bei Vermögensverschiebungen von Nationalsozialisten nach dem Ausland.
4. Dez.: Eröffnungssitzungen der eidgenössischen Räte in der beginnenden Wintersession in Bern.
5. Dez.: Als sozialdemokratischer Bundesratskandidat wird Dr. Henri Perret von Neuenburg vorgeschlagen. — Professor Max Huber tritt im Alter von 70 Jahren als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zurück.
6. Dez.: Robert Grimm wird zum Vizepräsidenten des Nationalrates gewählt.
7. Dez.: Die Vereinigte Bundesversammlung lehnt die Begnadigungsgesuche der zum Tode verurteilten Landesverräter Laubscher, Grimm und Plüß ab. Insgesamt wurde bis dahin fünfzehn Landesverrättern von der Bundesversammlung die Begnadigung verweigert. — Zahlreiche Grenzverletzungen durch fremde Flieger. Sachschaden durch Beschießung einer Maschinenfabrik in Niederweningen. — In St. Gallen treffen in einem Auffanglager 1352 jüdische Flüchtlinge aus Ungarn ein.
8. Dez.: Vollzug der Todesurteile an Grimm und Laubscher; dasjenige von Plüß wird wegen Erkrankung verschoben. Im Zusammenhang mit den Todesurteilen werden eine Reihe weiterer Angeklagter zu hohen, teils lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt. In einem zweiten Verfahren werden ebenfalls mehrere lebenslängliche Zuchthausstrafen ausgesprochen, teils in contumaciam. Alles in allem wurden über 200 Jahre Zuchthausstrafen verhängt.
9. Dez.: Landung eines amerikanischen Bombers in Altenrhein.
10. Dez.: Bei den Stadtratswahlen in Biel erreichen die Linksparteien das Übergewicht gegenüber dem nationaldemokratischen Block mit insgesamt 35 Mandaten des 60 Mitglieder zählenden Stadtrates. Die SP geht von 28 auf 26 Sitze zurück, die PdA erhält 9 Mandate. — In Tramelan-dessus erobern die Sozialdemokraten mit einer Steigerung von 18 auf 22 Sitze die Mehrheit. Auch in verschiedenen andern bernischen Gemeinden bucht die

- SP Erfolge bei den Gemeindevahlen.
11. Dez.: Dr. Hans Oprecht und Walter Bringolf wohnen als Delegierte der SPS dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei bei. — Beginn des Prozesses vor Bundesstrafgericht gegen die «Helden» von Steinen. Die Angeklagten haben sich wegen Aufruhrs und körperlicher Verletzung eidgenössischer Beamter, begangen im Jahre 1942, zu verantworten.
 12. Dez.: Aussprache im Nationalrat über unsere Außenpolitik. Der zurückgetretene Bundesrat Pilet sieht sich seitens der sozialdemokratischen Volksvertreter erbitterten Vorwürfen über seine bisherige Rußlandpolitik gegenüber. — Die 47 entlassenen Musiker des Radioorchesters haben ihre Arbeit im Studio nach Aufhebung des Boykotts über Dr. Scherchen wieder aufgenommen; der Radiokrieg ist beendet. — Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Schweiz beträgt 6158.
 13. Dez.: Die Schweizerische Depeschagentur wendet sich an die Öffentlichkeit und fordert rechtzeitige Information des Volkes durch Radio und Presse. — Behandlung des Gegenentwurfs zur Familienschutzinitiative im Nationalrat. — Vollstreckung der Todesstrafe an Plüß. — Infolge Schließung der Aluminium-AG in Chippis werden im neuen Jahr 3000 Arbeiter ihre Arbeit verlieren.
 14. Dez.: An Stelle von Pilet-Golaz wird Dr. Max Petitpierre aus Neuenburg mit 122 Stimmen zum Bundesrat gewählt (der sozialdemokratische Kandidat Perret erhält 67, Vodoz 26, Rappard 9 Stimmen). Von Steiger wird Bundespräsident, Kobelt Vizepräsident für das Jahr 1945.
 15. Dez.: Das Eidgenössische Aktionskomitee für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung äußert schwere Bedenken darüber, daß die Altersversicherung erst am 1. Januar 1948 eingeführt werden soll. Nach der Überzeugung der meisten Delegierten würden die Vorarbeiten eine baldige Verwirklichung der Altersversicherung ermöglichen.